

Herr Kohler, ich erwarte Ihren Rücktritt (NW) 14. März 1990

Nach dem Schaden nun der Spott? Nachdem auch im Kanton Zug Tausende von Informationen über den Machthabern nicht genehme Leute gesammelt und nach Bern geschickt wurden, müssen die Geschädigten sich abmühen, damit sie überhaupt erfahren, was über sie fichiert wurde. Schreibt man nach Bern, dann muss man erst einmal warten (ich warte bereits seit fast drei Monaten). Schreibt man nach Zug, dann sagt Herr Polizeichef Kohler, dass er nicht zuständig sei.

Aber das genügt noch nicht. Regierungsrat Kohler erklärt in einem Interview, dass in Zug Leute «observiert» wurden, bei denen der Verdacht bestand, dass sie strafbare Handlungen vorbereiteten. Es ist nun bekannt, dass vor allem SAP- (früher RML-) Leute überwacht wurden. Nun ist der Schluss klar: Ich und alle an-

deren, die zuerst bei der RML und dann bei der SAP dabei waren, wurden von der Zuger Polizei als «potentielle Kriminelle» betrachtet. Nun frage ich Sie, Herr Kohler, welche «strafbaren Handlungen» wurden in Zug von der SAP vorbereitet oder gar durchgeführt? Nennen Sie mir eine einzige Gesetzeswidrigkeit, die eine polizeiliche Überwachung rechtfertigen würde.

Statt dass sich die verantwortlichen Polizeileute bei uns entschuldigen, werden wir sozusagen im nachhinein noch kriminalisiert. Aber ich stelle mit Genugtuung fest, dass viele aufrechte Schweizer Kulturschaffende den Bundesrat haben wissen lassen, dass sie nicht mehr bereit sind, 1991 den Schnüffelstaat abzufeiern. Ich hoffe, dass alle aufrechten Schweizerinnen und Schweizer das machen werden.

Ich stelle das mit Genugtuung fest, weil Peter Huber und ich im Oktober 1985

(noch vor der denkwürdigen Abstimmung gegen die CH 91) uns weigerten, mit Regierungsrat Andreas Iten und dem Projektleiter der CH 91 zusammensitzten. Der Grund unserer Weigerung war der unverhältnismässige Polizeieinsatz anlässlich der bewilligten, friedlich verlaufenen Südafrika-Demo. Die Zuger Polizei hatte massiv fotografiert, und wir verlangten die Vernichtung der Fotos. Die schriftliche Bestätigung dieser Vernichtung haben wir bis heute noch nicht erhalten. «SAP macht Bagatelle zu einer Staatsaffäre» war damals die Überschrift einer Zuger Tageszeitung...

Herr Kohler, halten Sie sich an jene freisinnige, demokratische Gesinnung, die Ihre Partei – insbesondere wenn es um den Osten geht – verkündet, und treten Sie im Herbst nicht mehr zur Wahl an. Danke!

Bruno Bollinger, Baar

TB 3.3.90

Man «fi(s)cht» auch im Zugerland

3550 Eintragungen lagen im Ermessen eines einzigen Zuger Beamten

ZUG - Die durch den PUK-Bericht offengelegten Ereignisse betreffend Staatsschutz, sprich Schnüffelarbeit, beschäftigen auch die Zuger Bevölkerung, die bis anhin doch eher zweitrangig behandelt wurde. Laut Angaben von Landammann Urs Kohler wurden im Kanton Zug in den letzten 30 Jahren 3550 Fichen erstellt. Das «Tagblatt» sprach den Vorsteher der Zuger Justiz- und Polizeidirektion auf die Zuger Fichenproblematik an.

Der Kanton Zug legte nicht eigenmächtig eigene Dossiers über im Kanton Zug wohnende Personen an und arbeitete nur im Auftrag des Bundes, so jedenfalls die klare

Von Jan Mühlethaler

Aussage Urs Kohlers. Nach seinen Angaben unterschied man in Sachen Staatsschutz zwei Bereiche. «Ein Bereich wurde vom Bund konkrete Spezialaufträge erteilt, die durch einen eigens für diese Sache angereisten Bundesbeamten dem zuständigen Zuger Sachbearbeiter in Sachen Staatsschutz erteilt wurden und sich zum Beispiel um allfällige Ostkontakte handelten. Die erstellten Berichte wurden darauf nach Bern gesandt, und eine Kopie wurde bei der Kantonspolizei deponiert. Beim zweiten Bereich handelte es sich um einen allgemeinen Auftrag, der sich mit staatsgefährdeten Elementen befasste. Zielgerichtet war dieser doch recht breit auszulagende Bundesauftrag auf extremistische Gruppierungen, wobei bis 1987 vor allem die linke Seite mit eigentlicher «Beschnüfflung» bedacht wurde. Zu hinterfragen ist dabei die Tatsache, wie weit das Wort staatsgefährdend ausgelegt werden kann. Wie Roland Hauenstein, Pressesprecher der Bundesanwaltschaft,

gegenüber dem «Tagblatt» versicherte, existierten vom Bund aus keine eigentlichen Kriterien, nach denen sich die Kantone im schnüffelpolitischen Sinn zu richten hatten. Der für den Zuger Staatsschutz zuständige Beamte ist laut Regierungsrat Kohler ein einziger; er ist in Nebenbeschäftigung damit beauftragt und meldete so nach freiem Ermessen die ihm staatsfeindlich erscheinenden Vorfälle nach Bern. Kritiker werfen einer solchen personellen Konstellation vor, dass die Aktenkundigkeit des einzelnen Zegers oder der Zugerin vom Wohlwollen des Zuger Beamten und damit vom Kanton abhängig sei, vom klar formulierten Bundesauftrag könne doch hier nicht mehr die Rede sein.

«Keine kantonalen Fichen»

«Während meiner Amtszeit wurde vom Regierungsrat nie der Auftrag erteilt, in irgendeiner Weise über den Bundesauftrag hinaus zu ermitteln, d.h. wir haben keine kantonalen Fichen eingelagert.» Regierungsrat Urs Kohler verneint damit klar die Existenz nicht beim Bund eingelagerter Akten. «Wenn etwas zurückgeschickt worden ist, dann wurde dieses Datenmaterial mit absoluter Sicherheit vernichtet.» Gegen Vorwürfe aus dem SGA-Lager, dass der Kanton einzelne Parteimitglieder beschattete und auch Fotos von Veranstaltungen gemacht worden sind, zeigte der Justiz- und Polizeidirektor wenig Verständnis. «Leider weiss man heute nicht, was morgen staatsgefährdend ist, so kann man sich nicht nur auf die strafrechtlichen Delikte beschränken, sonst könnte man sich den Nachrichtendienst ja gleich einsparen. Die SGA möchte ich absolut als nicht staatsgefährdend bezeichnen, da sie sich an alle demokratischen Richtlinien hält, das Ideengut ist meiner Kenntnis nach aber immer noch dasselbe wie

zu SAP- oder RML-Zeiten. Auf die Fotos angesprochen möchte ich festhalten, dass sämtliche Fotos, die noch aus den Anti-Südafrika-Demonstrationen stammten, vernichtet worden sind, dies habe ich mir noch kürzlich vom Polizeikommandanten bestätigen lassen.»



Urs Kohler: «Beim Kreiskommando wurden sicher keine Akten über Soldaten angelegt.» Foto jmi.

Demo-Fotos sind die Regel

An Demonstrationen wird im Kanton Zug nach wie vor zur Kamera gegriffen (so geschehen auch an der nationalen Kundgebung gegen Rassismus im vergangenen Herbst), angeblich aber nicht aus nachrichtendienstlichen Gründen, sondern als reine Prophylaxe, um allfällige Delinquenten später zur Rechenschaft ziehen zu können. Bei friedlichem Ausgang sind die Aufnahmen sofort zu vernichten, diese klare Weisung gab Kohler an seine Untergebenen. Die im Kanton gesammelten Daten waren nur zwei Personen uneingeschränkt zugänglich, dem Sachbearbeiter selber und dem amtierenden Polizeikommandanten Eugen Steiner. So ist es laut Urs Kohler auch ausgeschlossen, dass die Schnüffeldaten in falsche Hände geratenen, ein Austausch für privatwirtschaftliche Interessen sei strikte auszuschliessen. Erstmals äusserte sich der Kanton auch zur Anzahl angelegter Fichen: Urs Kohler bestätigte dem «Tagblatt», dass in den vergangenen 30 Jahren 3550 Akten erstellt wurden. Rund 2100 handelten von Ausländern und Ausländerinnen, worin 700 Asylbewerber enthalten sind. 1050 wurden über Schweizer angelegt, und 400 Einträge befassten sich mit in Zug domizilierten Firmen und Organisationen. In der schweizerischen Rangliste steht der Kanton Zug damit auf dem guten elften Platz.

Auf die neusten Entwicklungen reagierend, veröffentlichte der Bund eine Negativliste, nach der gewisse Punkte bei der Überwachungstätigkeit ausgeklammert werden müssen. Die Teilnahme an rechtmässig durchgeführten Kundgebungen darf nicht mehr erfasst werden sowie Reisen in osteuropäische Gebiete nach neuester Beurteilung der Bedrohungslage fichenunwürdig wurden.

Vom Samstag auf den Sonntag

Schnüffeln, welche Lust!

Es gibt professionelle Schnüffler. Stopp! Dies ist nicht der richtige Anfangssatz für eine Glosse. Er muss farbiger und ironischer sein. Der erste Satz muss anders beginnen. Auf den Anfang kommt es an. «Schnüffeln ist ein Vergnügen, das wäre ein Beginn. Es gibt Leute, die gerne in Antiquitätenläden herum schnüffeln. Schnüffler haben eine gute Nase. Sie wittern Gerüche. Sie blähen die Nüstern, wenn sie ein Parfum riechen. Schnüffler sind Nasenmenschen. Schnüffeln beruht auf dem gleichen Antrieb wie Forschen oder Philosophieren, auf der Neugierde. Nicht alle Menschen sind Schnüffler, oder sie versagen sich gewisse Gebiete. Max Frisch im «Homo faber»: «Es ist nicht meine Art, in fremden Zimmern zu schnüffeln.»

Die Zeitungen und die elektronischen Medien nennen Schnüffler nobel Recherchieren. Darum sind sie immer so schnell in der Lage, ausführliche Berichte über Personen und deren Verwicklung in Geschäfte und Affären zu bringen. Aber diese Art der Schnüffelei steht jetzt ausser Betracht, obwohl jeder Zeitungsverlag und Medienkonzern, der etwas auf sich hält, grosse Archive und Datensammlungen führt.

Das Schnüffeln ist eine angeborene Neigung des Menschen. Man muss schliesslich wissen, was man vom Nachbarn halten soll und ob er so ist, wie er sich gibt. Misstrauen ist die Tugend der Schnüffler. Die Zweifler bezeichnen sich als intelligenter als die Gutgläubigen. Schnüffeln ist mit Lust verbunden. Es gibt nichts Schöneres, als Schnüfflergebnisse weiterzugeben. «...ich will ja nicht gesagt haben, aber der...» «...vom Hörensagen lernt man zwar lügen, aber ich habe aus sicherer Quelle, dass

Frau St. wahrscheinlich...» «...im Vertrauen gesagt, sagen Sie es aber nicht weiter...». Die Frucht dieser Ohrenbläse nennt man Gerücht.

Das Schnüffeln gehört zum Wesen des Menschen wie das Denken und Nichtdenken und wie der Quatsch. Tucholsky: «Ich glaube nicht, dass die Menschen ohne... Quatsch leben könnten - sie kommen ohne ihn nicht aus, sie brauchen ihn wie die Luft und wie das Wasser - er ist ein Lebens- element.» Und weil der Staat im Lebens- element seiner Bürgerinnen und Bürger schwimmt wie das Schiff des grossen Fellini: «E la nave va!», so kann er im Unterschied zu den Privaten das Schnüffeln nicht einfach dem Zufall überlassen. Er hat schliesslich die Aufgabe, Missetäter, Bösewichte, Verräter, Waffenschieber, Asylantenschlepper, Mafiosi, Geldwäscher, Drogenhändler, Terroristen, Scharfmacher, Mörder, Steuerhinterzieher, Schwarzarbeiter, Menschenhändler, Spione, Wandschmierer, Diebe, Räuber... Hält, sie alle gibt es nicht mehr. Wir leben inzwischen in einer heilen Welt, sicher aber in der besten aller möglichen Welten. Die Emanzipation hat uns von Missgunst, Neid, Eifersucht, Egoismus befreit. Sie hat uns frei gemacht für Solidarität, Fairness, Toleranz und gegenseitige Achtung. Das Schnüffeln ist das einzige Lusttaster, das uns noch stört. Aber es wird jetzt ausgemerzt. Und sollte jemand die Vertreter des Staates und die Politiker, die daran glauben, in Schutz nehmen, so sei ihm ein Zitat Voltaires aus dem «Candide» entgegengehalten: «Ich vermute, alle, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, nehmen dann und wann ein schlimmes Ende, und ich meine, sie verdienen es auch.»

AMI

Hanspeter Uster: «Dies ist falsch»

ZUG - jmi. Die durch Hanspeter Uster und Madeleine Landolt, beide SGA, eingereichte Interpellation betreffend Zuger Staatsschutz wird vom Regierungsrat in seiner nächsten Sitzung des Kantonsrates vom 29. März beantwortet werden. Wie Hanspeter Uster gegenüber dem «Tagblatt» verlauten liess, findet er es «eine absolute Frechheit», dass Regierungsrat Urs Kohler sie immer wieder auf die gleiche Stufe mit den rechtsradikalen Gruppierungen setzt und das Gedankengut der SGA als überwachungswürdig bezeichnet. «Im

Gegensatz zu rechtsradikalen Gruppen sprechen wir uns seit jeher von jeglicher Gewaltanwendung frei und verhielten uns in der Vergangenheit auch immer den demokratischen Richtlinien entsprechend. Es ist auch unwahr, dass sämtliche Exponenten der SGA früher Mitglieder der SAP waren. Es ist klar, dass ich und Kohler verschiedene Meinungen betreffend Wirtschaftspolitik haben, das legitimiert ihn aber noch lange nicht, uns zu überwachen. Ich bin auch überzeugt, dass nicht alle Fotos vernichtet wurden.»

Herr Kohler, ich erwarte Ihren Rücktritt

Nach dem Schaden, nun den Spott? Nachdem auch im Kanton Zug Tausende von Informationen über den Machthabern nicht genehme Leute gesammelt und nach Bern geschickt wurden, müssen die Geschädigten sich abmühen, damit sie überhaupt erfahren, was über sie fichiert wurde. Schreibt man nach Bern, dann muss man erst einmal warten (ich warte bereits seit fast drei Monaten). Schreibt man nach Zug, dann sagt Herr Polizeichef Kohler, dass er nicht zuständig sei.

Aber das genügt noch nicht. Regierungsrat Kohler erklärt in einem Interview, dass in Zug Leute «observiert» wurden, bei denen der Verdacht bestand, dass sie strafbare Handlungen vorbereiteten. Es ist nun bekannt, dass vor allem SAP (früher RML) Leute überwacht wurden. Nun ist der Schluss klar: Ich und alle anderen, die zuerst bei der RML und dann bei der SAP dabei waren, wurden von der Zuger Polizei als «potentielle Kriminelle» betrachtet. Nun frage ich Sie, Herr Kohler, welche «strafbaren Handlungen» wurden in Zug von der SAP vorbereitet oder gar durchgeführt. Nennen Sie mir eine einzige Gesetzeswidrigkeit, die eine polizeiliche Überwachung rechtfertigen würde.

Statt dass sich die verantwortlichen Polizeileute bei uns entschuldigen, werden wir sozusagen im nachhinein noch kriminalisiert. Aber ich stelle mit Genugtuung fest, dass viele aufrechte Schweizer Kulturschaffende den Bundesrat haben wissen lassen, dass sie nicht mehr bereit sind, 1991 den Schnüffelstaat abzufeiern. Ich hoffe, dass alle aufrechten Schweizerinnen und Schweizer das machen werden.

Ich stelle das mit Genugtuung fest, weil Peter Huber und ich im Oktober 1985 (noch vor der denkwürdigen Abstimmung gegen die CH91) uns weigerten, mit Regierungsrat Andreas Iten und dem Projektleiter der CH91 zusammensitzten. Der Grund unserer Weigerung war der unverhältnismässige Polizeieinsatz anlässlich der bewilligten, friedlich verlaufenen Südafrika-Demo. Die Zuger Polizei hatte massiv fotografiert und wir verlangten die Vernichtung der Fotos. Die schriftliche Bestätigung dieser Vernichtung haben wir bis heute noch nicht erhalten. «SAP macht Bagatelle zu einer Staatsaffäre» war damals die Überschrift einer Zuger Tageszeitung... Herr Kohler, halten Sie sich an jene freisinnige demokratische Gesinnung, die Ihre Partei - insbesondere wenn es um den Osten geht - verkündet, und treten Sie im Herbst nicht mehr zur Wahl an. Danke!

Bruno Bollinger

Jahresversammlung der Zuger SGA

Vereinsfragen waren zeitaufwendig

An der Jahresversammlung der Sozialistisch Grünen Alternative beanspruchten übliche Vereinsfragen die meiste Zeit. Ansonsten standen der «Rot-grüne Aufbruch» und der «Schnüffelstaat» im Zentrum der Diskussionen.

Die SGA-Mitglieder wählten den Vorstand, die Delegierten des Grünen Bündnisses Schweiz und die Redaktion des SGA-Bulletins. Im weiteren genehmigten sie den Jahresbericht und das Budget.

Dem Vorstand gehören an: Sybilla Schmid als Präsidentin, Anita Stadler, Gisela Hürlimann, Bruno Bollinger,

Hanspeter Uster, Thomas Ehrensberger als Kassier und eine Lehrerin.

Die Versammlung fasste zwei Beschlüsse, den einen unter dem Titel «Setzen wir den Veränderungsdruck um!» – gemeint sind die grün-roten Erfolge bei den jüngsten Wahlen in der Limmatstadt Zürich.

Die zweite Resolution ist dem «Schnüffelstaat» gewidmet. Die SGA will sich für die Abschaffung der politischen Polizei einsetzen und die «baldige Lancierung einer entsprechenden Initiative unterstützen. Gemeinsam mit anderen Organisationen und Personen will sie ein Komitee gegen den «Schnüffelstand Zug» ins Leben rufen.

77

9. März 1990

(N) - 9. März 1990

Justizdirektor Kohler soll sich öffentlich entschuldigen

Die Jahresversammlung der SGA verabschiedete zwei aktuelle Resolutionen

ktm. Die diesjährige Jahresversammlung der Sozialistisch-Grünen Alternativen fand am Mittwoch im Restaurant Bären statt. Dabei wurden zwei aktuelle Resolutionen einstimmig verabschiedet, nämlich die eine zu den «Zürcher und Zuger» Wahlen und die andere zum «Schnüffelstaat Schweiz».

«Die SGA Zug ist erfreut über den roten Durchbruch in der Stadt Zürich. Er bestärkt die Erwartung, dass auch im Kanton Zug ein Wahlerfolg drinliegt. Vor allem die neuen und jungen Kräfte haben in den letzten Jahren das politische Klima stark verändert», schreibt die SGA in ihrer Resolution zu den Zürcher und Zuger Wahlen. «Die bürgerlichen Parteien sind politisch und personell ziemlich ange-

schlagen. All die Abstimmungsunterlagen und Finanzkandate haben der CVP und der FDP geschadet.»

Die SGA geht mit viel Selbstvertrauen in die Wahlen im Herbst und rechnet sich laut Resolution für die Zuger Opposition echte Chancen aus, «im Regierungsrat und in den Gemeindeexekutiven von Zug, Baar und Steinhausen je einen zweiten Sitz zu erobern». Dabei unterstützt die SGA den konsensfähigen Kompromiss, über den die SP allerdings noch abstimmen muss: 1 SP, 1 SGA, 1 Frische Brise (FB) für den Regierungsrat, 2 SP, 1 SGA in Zug und in Baar sowie 1 FB und 1 SP in Steinhausen.

Die zweite Resolution beinhaltet eine klare Absage an den Schnüffelstaat und fordert Konsequenzen. «Wir verurteilen

meinden werden von der SGA aufgefordert, «allfällige Archive oder Dossiers von sich aus bekanntzugeben». Um die individuellen Aktivitäten gegen den Schnüffelkanton Zug zu koordinieren und öffentlichen Druck aufzulegen, will die SGA gemeinsam mit andern Organisationen ein Komitee gegen den Schnüffelstand Zug ins Leben rufen, wie aus der Resolution weiter hervorgeht.

Neben diesen brisanten Resolutionen gab es auch interne Wahlen. Im Präsidentenamt wurde Sybilla Schmid bestätigt und als weitere Vorstandsmitglieder Anita Stadler, Gisela Hürlimann, Bruno Bollinger, Hanspeter Uster und Thomas Ehrensperger. Neu in den Vorstand gewählt wurde eine Lehrerin, die aus beruflichen Gründen nicht genannt sein will.

die Beschneidung von Andersdenkenden. In einem Kanton, in dem es von dubiosen Firmen nur so wimmelt, ist die Besetzung der Finanzplatzkritiker besonders anstössig. Vom Regierungsrat fordern wir eine öffentliche Entschuldigung für die Überwachung von Oppositionellen. Wir bitten den Polizei- und Justizdirektor, seinen Vergleich der Zuger Linken, die nie Gewalt angewandt hat, mit der neonazistischen Patriotschen Front zurückzunehmen.»

Dossiers in Gemeindefarchiven?

Auch auf der kantonalen Ebene verlangt die SGA «vollständige Aufklärung über die nachrichtendienstlichen Aktivitäten von Kantons- und Stadtpolizisten und die Herausgabe aller Fichen». Die Ge-

HERR KOHLER, ICH ERWARTE IHREN RÜCKTRITT

Nach dem Schaden, nun den Spott? Nachdem auch im Kanton Zug Tausende von Informationen über den Machthabern nicht genehme Leute gesammelt und nach Bern geschickt wurden, müssen die Geschädigten sich abmühen, damit sie überhaupt erfahren, was über sie fichtiert wurde. Schreibt man nach Bern, dann muss man erst einmal warten (ich warte bereits seit fast drei Monaten). Schreibt man nach Zug, dann sagt Herr Polizeichef Kohler, dass er nicht zuständig sei.

Aber das genügt noch nicht. Regierungsrat Kohler erklärt in einem Interview, dass in Zug Leute "observiert" wurden, bei denen der Verdacht bestand, dass sie strafbare Handlungen vorbereiteten. Es ist nun bekannt, dass vor allem SAP-(früher RML) Leute überwacht wurden. Nun ist der Schluss klar: Ich und alle anderen, die zuerst bei der RML und dann bei der SAP dabei waren, wurden von der Zuger Polizei als "potentielle Kriminelle" betrachtet. Nun frage ich Sie, Herr Kohler, welche "strafbaren Handlungen" wurden in Zug von der SAP vorbereitet oder gar durchgeführt. Nennen Sie mir eine einzige Gesetzeswidrigkeit, die eine polizeiliche Ueberwachung rechtfertigen würde.

Statt das sich die verantwortlichen Polizeileute bei uns entschuldigen, werden wir sozusagen im nachhinein noch kriminalisiert. Aber ich stelle mit Genugtuung fest, dass viele aufrechte Schweizer Kulturschaffende den Bundesrat haben wissen lassen, dass sie nicht mehr bereit sind 1991 den Schnüffelstaat abzufeiern. Ich hoffe, dass alle aufrechten Schweizerinnen und Schweizer das machen werden.

Ich stelle das mit Genugtuung fest, weil Peter Huber und ich im Oktober 1985 (noch vor der denkwürdigen Abstimmung gegen die CH91) uns weigerten mit Regierungsrat Andreas Iten und dem Projektleiter der CH91 zusammensitzen. Der Grund unserer Weigerung war der unverhältnismässige Polizeieinsatz — anlässlich der bewilligten, friedlich verlaufenen Südafrika-Demo. Die Zuger Polizei hatte massiv fotografiert und wir verlangten die Vernichtung der Fotos. Die schriftliche Bestätigung dieser Vernichtung haben wir bis heute noch nicht erhalten. "SAP macht Bagatelle zu einer Staatsaffäre" war damals die Ueberschrift einer Zuger Tageszeitung...

Herr Kohler, halten Sie sich an jene freisinnige demokratische Gesinnung, die Ihre Partei — insbesondere wenn es um den Osten geht — verkündet, und treten Sie im Herbst nicht mehr zur Wahl an. Danke!

Bruno Bollinger

EINGANG

12. März 1990

Visum _____

*Diese Leserbrief muss zuerst
in der Redaktion diskutiert werden!*

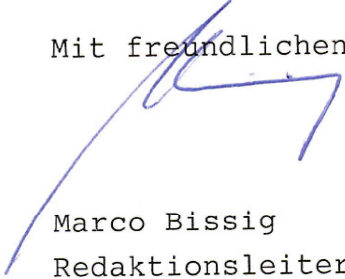
Zug, 13. März 1990

Sehr geehrter Herr Bollinger

Leserbrief

Wir können Ihren Leserbrief leider nicht annehmen, da der Text zu persönlich geschrieben ist.

Mit freundlichen Grüßen



Marco Bissig
Redaktionsleiter

*Wird nicht
veröffentlicht*

Bruno Bollinger
Deinikerstrasse 37a

6340 B a a r

Tel. 31 89 13

8. März 1990

Zuger Tagblatt
Gubelstrasse 19

6300 Z u g

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte Sie bitten, den beiliegenden Leserbrief zu veröffentlichen.

Für Ihre Bemühungen danke ich im voraus und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Bruno Bollinger

EINGANG

12. März 1990

Visum

quest diskutieren!

Bruno Bollinger
Deinikerstrasse 37a

6340 B a a r

Tel. 31 89 13

20. März 1990

Zuger Tagblatt
Gubelstrasse 19

6300 Z u g

Sehr geehrter Herr Bissig

Beiliegend eine Neufassung meines von Euch zurückgewiesenen Leserbriefs, der für eine Veröffentlichung im Zuger Tagblatt nichts mehr im Wege steht. Ob die Originalfassung "zu persönlich" war, möchte ich hier nicht diskutieren. Die von mir aufgeworfenen Fragen finde ich aber so wichtig, dass ich sie auch im Tagblatt veröffentlicht haben will.

Ich übe diese Selbstzensur aus. Trotzdem bin ich der Ueberzeugung, dass die Forderung an Regierungsrat Kohler, die Konsequenzen zu ziehen eigentlich bereits nur eine halbe Sache ist. Denn ich lasse es mir nicht gefallen, dass ausgerechnet aus jener Partei, die in den letzten Monaten an verschiedenen Orten der Schweiz gezeigt hat, in welchem Masse sie staatsgefährdend ist, die Linken kriminalisiert werden.

Für Ihre Bemühungen danke ich im voraus und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Nicht veröffentlicht!

WER IST STAATSGEFÄHRDEND ?

Nach dem Schaden, nun den Spott? Nachdem auch im Kanton Zug Tausende von Informationen über den Machthabern nicht genehme Leute gesammelt und nach Bern geschickt wurden, müssen die Geschädigten sich abmühen, damit sie überhaupt erfahren, was über sie fichiert wurde. Schreibt man nach Bern, dann muss man erst einmal warten (ich warte bereits seit fast drei Monaten). Schreibt man nach Zug, dann sagt Herr Polizeichef Kohler, dass er nicht zuständig sei.

Aber das genügt noch nicht. Regierungsrat Kohler erklärt in einem Tagblatt-Interview, dass in Zug Leute "observiert" wurden, bei denen der Verdacht bestand, dass sie strafbare Handlungen vorbereiteten. Es ist nun bekannt, dass vor allem SAP-(früher RML) Leute überwacht wurden. Nun ist der Schluss klar: Ich und alle anderen, die zuerst bei der RML und dann bei der SAP dabei waren, wurden von der Zuger Polizei als "potentielle Kriminelle" betrachtet. Nun frage ich Sie, Herr Kohler, welche "strafbaren Handlungen" wurden in Zug von der SAP vorbereitet oder gar durchgeführt. Nennen Sie mir eine einzige Gesetzeswidrigkeit, die eine polizeiliche Ueberwachung rechtfertigen würde.

Statt das sich die verantwortlichen Polizeileute bei uns entschuldigen, werden wir sozusagen im nachhinein noch kriminalisiert. Aber ich stelle mit Genugtuung fest, dass viele aufrechte Schweizer Kulturschaffende den Bundesrat haben wissen lassen, dass sie nicht mehr bereit sind 1991 den Schnüffelstaat abzufeiern. Ich hoffe, dass alle aufrechten Schweizerinnen und Schweizer das machen werden.

Ich stelle das mit Genugtuung fest, weil Peter Huber und ich im Oktober 1985 (noch vor der denkwürdigen Abstimmung gegen die CH91) uns weigerten mit Regierungsrat Andreas Iten und dem Projektleiter der CH91 zusammensitzen. Der Grund unserer Weigerung war der unverhältnismässige Polizeieinsatz anlässlich der bewilligten, friedlich verlaufenen Südafrika-Demo. Die Zuger Polizei hatte massiv fotografiert und wir verlangten die Vernichtung der Fotos. Die schriftliche Bestätigung dieser Vernichtung haben wir bis heute noch nicht erhalten. "SAP macht Bagatelle zu einer Staatsaffäre" war damals die Ueberschrift im Zuger Tagblatt...

Bruno Bollinger

P.S. Im oben erwähnten Tagblatt-Interview wurde aus den "Staatsgefährdenden" die "Staatsgefährdeten". Wohl ein Auflehn der Textverarbeitung, die ab soviel Verdrehungen und Ausflüchten doch etwas richtigstellen möchte...